



Offener Brief an Sozialversicherungs- und Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo:

Gesundheits“reform“ überarbeiten

Als die CSV-LSAP Koalition in ihrem Regierungsprogramm ankündigte, das System der Gesundheitsversorgungen grundlegend reformieren zu wollen, um die Qualität der medizinischen Betreuung und die Finanzierung der Krankenversicherung langfristig sicherzustellen, wurde dies von den Arbeitgeberverbänden als längst überfälliger Schritt begrüßt. Nun soll nächste Woche ein Gesetzesentwurf im Parlament verabschiedet werden, der dem ursprünglichen reformatorischen Anspruch in keiner Weise mehr gerecht wird. Die wesentlichen und überfälligen Reformpunkte sind im allgemeinen Chaos zwischen Quadripartite, Bipartiten, Kommissionssitzungen und Ärztestreik untergegangen.

Denjenigen, die weiterhin behaupten, es handele sich um eine Reform, sei hier klar und deutlich gesagt, dass dem NICHT so ist: die eigentlichen Probleme der Krankenversicherung rund um die mittelfristige finanzielle Absicherung gekoppelt an intransparente Arbeitsmethoden in Bezug auf die Budgetisierung bleiben integral erhalten.

Die wenigen guten Ansätze, die die ursprüngliche Gesetzesvorlage des Gesundheitsministers enthielt, wurden - nicht zuletzt auf Druck der Ärzteschaft - so weit zurechtgestutzt, dass von dem ohnehin schon saft- und kraftlosen Reförmchen außer Textmakulatur und einer Beitragserhöhung für Versicherte und Unternehmen so gut wie nichts mehr übrig bleibt. Eigentlich hätte man sich die ganze Aufregung sparen können: die Patientenakte kommt am Nimmerleinstag, der Referenzarzt wird lediglich ein weiterer Kostenpunkt sein, die Spitäler brauchen nicht zu sparen oder umzudenken, zu guter Letzt garantiert der zuständige Ausschuss in einer parlamentarischen Sternstunde sogar die volle Indexierung der Budgets. Im Parlament wurde so auf wundersame Weise in wenigen Stunden das erledigt, woran Experten und Sozialpartner in monatelangen Verhandlungen scheiterten, nämlich die Vorlage zur Gesundheitsreform „abstimmungsreif“ zu gestalten.

Der Regierung, allen voran dem Gesundheitsminister, fehlte es offenbar an Mut und politischem Durchsetzungsvermögen, um die Grundprobleme im Zusammenhang mit der Reorganisation der Spitallandschaft oder der obligatorischen Konventionierung der Leistungsträger (Ärzte und andere medizinische Berufe) im Interesse des Gesundheitssystems und der Patienten resolut anzugehen.



Angesichts der strukturellen Defizitsituation der Krankenversicherung finden es die Fédération des Artisans und die **clc** äußerst bedenklich, dass der Gesetzentwurf keine Instrumente enthält, um die seit Jahren anhaltende Kostenexplosion im Gesundheitswesen einzudämmen. Dem Anspruch, die Gesundheitsversorgung über Jahre hinaus auf solide Fundamente zu stellen, wird die Vorlage jedenfalls nicht gerecht. Das sieht der „Collège médical“ übrigens auch so: es fehlen einschneidende Maßnahmen, wie etwa eine stärkere Einbindung der Versicherten in die Finanzierung sowohl der Leistungen wie auch des Krankengeldes (Karenztage oder ähnliches).

Die Regierung ist nicht einmal fähig, das Einsparpotential ihrer Gesetzesvorlage zu chiffrieren, bzw. einen Zeitrahmen für die Umsetzung ihrer Vorhaben (z.B. für die Verstärkung der ambulanten Chirurgie) vorzulegen. Es darf daran gezweifelt werden, dass die Vorlage überhaupt Einsparpotenzial enthält!

Aus diesen Gründen fordern die Fédération des Artisans und die **clc** die Regierung auf, ihre Gesetzesvorlage schnellstmöglich so zu überarbeiten, dass sie den Ansprüchen aller betroffenen Parteien zumindest ansatzweise gerecht werden, und so endlich die finanzielle Absicherung des Systems ohne automatische Beitragserhöhungen ermöglicht wird.

9. Dezember 2010